

Breite Mehrheit im Landtag verurteilt Doppelpass-Beschluss

Jäger: „Konjunkturprogramm für Extremismus“

Düsseldorf. Scharfe Kritik hat die CDU-Fraktion im Landtag für den umstrittenen Parteitags-Beschluss der Union zur doppelten Staatsangehörigkeit eingesteckt. Aus der Sicht von SPD, Grünen, FDP und Piraten würde eine Abkehr vom Doppelpass die Integration von Türkeistämmigen weiter erschweren. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) sprach in einer Aktuellen Stunde des Landtags von einem Signal des Misstrauens gegenüber Bürgern mit türkischen Wurzeln. Der Beschluss sei „ein Konjunkturprogramm für Extremismus“.

Der CDU-Bundesparteitag hatte vor einer Woche dafür gestimmt, die Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern wieder einzuführen. Die Kinder sollen sich für eine Staatsbürgerschaft entscheiden.

Bei der Integration gehe es um die Haltung der Menschen und nicht um ihre Herkunft, sagte FDP-Frak-



Ralf Jäger
FOTO: W. FISCHER

tionsvize Joachim Stamp. Die CDU habe eine „falsche“ Entscheidung getroffen, die noch dazu vor allem auf Türkeistämmige ziele. „Ali aus Marokko bekommt die doppelte Staatsangehörigkeit, Ali aus der Türkei nicht. Das wird von der türkischen Community als Makel angesehen“, sagte Stamp.

SPD-Fraktionschef Norbert Römer erkennt in dem Votum einen gezielten Angriff auf junge muslimische Erwachsene, die in Deutschland aufgewachsen sind. Ihnen werde unterstellt, sie seien nicht loyal gegenüber Deutschland. „Das ist ein verheerendes Signal“, sagte Römer. „Sie treiben die jugendlichen Türkeistämmigen geradezu in die Arme von Erdogan“ wettete der SPD-Abgeordnete Ibrahim Yetim.

André Kuper (CDU) relativierte die Entscheidung seiner Partei: „Parteitagbeschlüsse finden sich nur selten 1:1 im Regierungshandeln wieder.“

mk

Westfalenblatt vom 16.12.2016, S. 4

Laschet meidet Doppelpass-Debatte

CDU-Spitzenkandidat nicht im NRW-Landtag – Mehrheit stimmt gegen Abschaffung

Berlin (epd/dpa). Ohne den CDU-Landesvorsitzenden Armin Laschet hat gestern der NRW-Landtag über den Vorstoß der Bundes-CDU zur Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern debattiert.

Eine Wiedereinführung der 2014 abgeschafften Optionspflicht sei eine Form von Ausgrenzung und letztendlich der Nährboden für Radikalisierung, kritisierte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) in einer Aktuellen Stunde im Düsseldorfer Landtag.

Der CDU-Landtagsabgeordnete André Kuper (Rietberg) versicherte, dass sich seine Partei auf Bun-

desebene in der laufenden Wahlperiode an die bestehende Doppelpass-Regelung halten werde. Er äußerte sich verwundert darüber, dass die SPD den Beschluss eines CDU-Bundesparteitags als offizielles Handeln ansehe. Parteitagbeschlüsse fänden sich selten eins zu eins in Regierungsbeschlüssen wieder, sagte Kuper.

Die Kritik der anderen Fraktionen an der Abwesenheit des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Armin Laschet bei der Aktuellen Stunde wies Kuper mit dem Hinweis auf wichtige andere Termine zurück.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Mehrdad Mostofizadeh nannte

den CDU-Parteitagbeschluss »Gift für die Integration und Gift für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft«. Zustimmung erhielt Innenminister Jäger mit seiner Kritik auch von der FDP. »Wenn wir Erdogan etwas entgegensetzen wollen, dann dürfen wir den Doppelpass nicht abschaffen«, sagte der Landtagsabgeordnete Joachim Stamp.

Nach Meinung von Norbert Römer von der SPD zielen die Forderungen unausgesprochen auf Einwanderer aus islamisch geprägten Ländern und zeugen von einem tiefen Misstrauen gegenüber Muslimen. Der Bundesparteitagbeschluss führe zu einer Verunsicherung von vielen Menschen in NRW, kritisierte sein Parteikollege Ibrahim Yetim.

Der CDU-Bundesparteitag hatte Anfang Dezember in Essen dafür votiert, die sogenannte Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern wieder einzuführen. Die Kinder müssten sich dann für eine Staatsbürgerschaft entscheiden.

Das verstößt gegen eine Vereinbarung der Großen Koalition, der zufolge sich der hier geborene Nachwuchs von Ausländern eben nicht mehr im Alter von 18 bis 23 Jahren zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden muss.